

## PRESSEMITTEILUNG

**SPERRVERMERK: Freigegeben zur Veröffentlichung ab 16 Uhr**

Anlage: Gruppenbild vom Gründungstreffen des NBgS (Verwendung frei)

Pressekontakt und V.i.S.d.P.:

Niels Finn c/o NBgS, Kirchenstrasse 12, 21256 Handeloh, 04188-fünfmaldievier83



Rote Karte  
für die  
Strabs

## **Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge (NBgS) gegründet**

### **Bürgerinitiativen bilden landesweites Bündnis Gemeinsame Strategie und weiteres Vorgehen abgestimmt**

(Soltau, 17. Juni 2018)

Vertreter von zahlreichen Bürgerinitiativen aus allen Teilen Niedersachsens haben gestern in Soltau die Eckpunkte für eine gemeinsame Strategie gegen die als ungerecht und unsozial empfundenen Straßenausbaubeiträge in Niedersachsen abgestimmt. Ziel ist die landesweite Abschaffung von Straßenausbaubeitragssatzungen („Strabs“) in ganz Niedersachsen.

Die gemeinsamen Aktivitäten von Bürgerinitiativen unter anderen aus den Gemeinden Adendorf, Bremervörde, Bützfleth, Buxtehude, Faßberg, Gadenstedt, Hannover, Hanstedt, Moormerland, Oldenburg und Stade werden ab sofort unter der Bezeichnung „**Niedersächsisches Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge**“ (NBgS) gebündelt.

Zur Vorbereitung der weiteren Arbeit wurde ein Koordinationsteam bestimmt. Dabei wurde Niels Finn zum Sprecher gewählt, Stellvertreter ist Hubert Hansel. Als nächste Schritte sind der Aufbau einer breiten Öffentlichkeitsarbeit, die Kontaktaufnahme zu Parlamentariern sowie zu Verbänden und Parteien, und ein Folgetreffen angekündigt. Das Bündnis engagiert sich bürgerschaftlich und überparteilich aus der Mitte der Gesellschaft.

Vorausgegangen war eine Versammlung auf dem Hannah-Arendt-Platz vor dem Landtag in Hannover am 5.6.2018, an der über 300 Betroffene aus ganz Niedersachsen teilgenommen hatten. Anlass war die Expertenanhörung im Innenausschuss des niedersächsischen Landtags in Hannover zum Thema Straßenausbaubeiträge am selben Tag. Hintergrund ist ein dem Landtag in Hannover vorliegender Gesetzesentwurf, bei dessen Annahme die gesetzlichen Grundlagen für alle örtlichen Straßenausbaubeitragssatzungen („Strabs“) landesweit entfallen würden. Die Medien haben ausführlich berichtet.

Erst am Donnerstag wurde in Bayern die Grundlage für Straßenausbaubeiträge rückwirkend und flächendeckend abgeschafft und eine damit verbundene Reform des dortigen kommunalen Finanzausgleichs in Gang gesetzt.

*Sprecher Niels Finn:* „Die Rettung unserer örtlichen Infrastrukturen ist ein landesweites Politikthema. Wir werden nicht zulassen, dass Menschen in ihrem Lebensumfeld nicht auf Augenhöhe mitreden können! Daher werden wir überall die Bürger vor Ort mitnehmen, indem wir informieren und transparent machen. Alle von „Strabs“-Beiträgen Bedrohten und bereits Betroffenen in Niedersachsen, Eigentümer wie Mieter, können auf unsere Unterstützung zurückgreifen, um das Thema vor Ort aufzunehmen. Gemeinsam verfügen wir über viel Erfahrung, die wir klug und mit Ausdauer einsetzen werden. Besonders den Regierungsfractionen in Hannover legen wir die zügige Übernahme der Blaupause aus Bayern nahe, und bieten dazu allen im Landtag vertretenen Parteien, Fractionen und Abgeordneten sowie allen Verbänden zielorientierte Gespräche und eine Zusammenarbeit an.“ (ENDE)